

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 5. November 1986

am Donnerstag, dem 6. November 1986

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	10, 11	Lutz (SPD)	8, 9
Frau Blunck (SPD)	27, 28	Mann (DIE GRÜNEN)	58
Frau Borgmann (DIE GRÜNEN)	37	Frau Matthäus-Maier (SPD)	23, 24
Büchler (Hof) (SPD)	62, 63	Müller (Schweinfurt) (SPD)	43, 73
Catenhusen (SPD)	52, 53	Frau Odendahl (SPD)	25, 26
Frau Dr. Däubler-Gmelin (SPD)	15, 16	Reimann (SPD)	12, 13
Daweke (CDU/CSU)	4	Dr. Rose (CDU/CSU)	47, 48
Fischer (Bad Hersfeld) (DIE GRÜNEN)	38, 65	Rusche (DIE GRÜNEN)	59, 60
Frau Fuchs (Verl) (SPD)	21, 22	Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	40
Gansel (SPD)	76, 77	Schreiner (SPD)	14, 57
Hauck (SPD)	6, 7	Dr. Schwenck (Stade) (SPD)	3
Hinsken (CDU/CSU)	45, 46	Senfft (DIE GRÜNEN)	49, 50
Huonker (SPD)	69, 70	Sielaff (SPD)	35, 36
Immer (Altenkirchen) (SPD)	67, 68	Frau Simonis (SPD)	33, 34
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	5, 64	Stahl (Kempen) (SPD)	55, 56
Jungmann (SPD)	39	Frau Steinhauer (SPD)	31, 32
Kirschner (SPD)	42	Stiegler (SPD)	66, 71
Dr. Klejdzinski (SPD)	41, 44	Frau Terborg (SPD)	19, 20
Kolbow (SPD)	54	Urbaniak (SPD)	74, 75
Dr. Kübler (SPD)	1, 2	Frau Wagner (DIE GRÜNEN)	51
Kuhlwein (SPD)	61	Frau Weyel (SPD)	29, 30
Frau Dr. Lepsius (SPD)	17, 18	Zander (SPD)	72

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	3
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	11
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	12
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	14
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	15

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Bis wann wird die Kommission zur Überprüfung der Sicherheit der Blöcke A und B des Kernkraftwerks Biblis ihre Arbeit abgeschlossen haben, und werden die Ergebnisse vollständig veröffentlicht werden?

2. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, die Ergebnisse dieser Kommission mit den Ergebnissen der vom Land Hessen eingesetzten Sicherheitskommission zu vergleichen und auf der Grundlage beider Kommissionsberichte ihre Meinungsbildung herbeizuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post-
und Fernmeldewesen**

3. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die frühzeitige letzte Leerung der meisten Postbriefkästen viele Postkunden, insbesondere aus dem gewerblich-wirtschaftlichen Bereich, gezwungen sind, ihre letzte Tagespost zum spätest geleerten Postbriefkasten zu bringen unter erheblichem Zeit- und Wegeaufwand, so daß die entsprechenden Einsparungen der Post vervielfacht zu Lasten der betroffenen Postkunden gehen, und ist die Bundesregierung bereit, eine höhere Zahl von Spätleerungskästen dezentralisiert in Städten und Gemeinden einzurichten?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

4. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU) Ist die Tatsache, daß der AStA der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule Koblenz durch Geldangebote Teilnehmer für Friedensdemonstrationen zu gewinnen sucht, durch die entsprechende Bestimmung des Hochschulrahmengesetzes gedeckt, und wenn nein, ergeben sich aus dieser Handlungsweise Konsequenzen für eine erforderliche Präzisierung der entsprechenden Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundesregierung der syrischen Regierung noch nach Bekanntwerden der Fakten über die Verwicklung Syriens in den mißglückten Terroranschlag auf eine israelische Maschine in Großbri-

tannien eine Finanzhilfe von über 55 Millionen DM gewährt hat, und wie wäre ein derartiges Vorgehen bejahendenfalls mit der Haltung der Bundesregierung gegenüber dem Staatsterrorismus in Einklang zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

6. Abgeordneter
Hauck
(SPD)
- Da im § 31 des Betäubungsmittelgesetzes eine der jetzt vorgesehenen „Kronzeugenregelung“ ähnliche Bestimmung enthalten ist, frage ich die Bundesregierung, ob sich diese Bestimmung bewährt hat und dadurch Organisatoren, Hintermänner und Drahtzieher der Rauschgiftkriminalität gefaßt wurden?
7. Abgeordneter
Hauck
(SPD)
- Geht die Bundesregierung davon aus, daß sich die „Kronzeugenregelung“ des Betäubungsmittelgesetzes im Kampf gegen die Drogenkriminalität so bewährt hat, daß sie jetzt auch zur Terroristenbekämpfung als ein geeignetes Instrument eingesetzt werden kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

8. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Erhebungen bekannt, die die Behauptungen des Allensbach-Instituts bestätigen, daß etwa jeder Dritte der gemeldeten Arbeitslosen der Meinung sei, „es sei besser, arbeitslos zu sein als eine Arbeit tun zu müssen, die keine Freude macht“ und daß nur 59 v. H. der Arbeitslosen sich ernsthaft bemühten, eine neue Stellung zu finden?
9. Abgeordneter
Lutz
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß zur Zeit die Hälfte der Arbeitslosen sehr wenig unternimmt, um einen neuen Arbeitsplatz zu finden, und welche Erfahrungswerte liegen dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit vor?
10. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß mehr als die Hälfte der Arbeitslosen in den letzten sechs Monaten kein Stellenangebot vom Arbeitsamt erhalten hat, und wenn ja, welche Ursachen waren dafür maßgeblich?
11. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gezielte Maßnahmen zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit nicht ankommen können, weil eine „Norm“ bestehe, keine Arbeit anzunehmen, wenn sie keine Freude mache?

12. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Darstellung der Studie zur Arbeitslosigkeit von Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann, z. B. was die offensichtliche Unterschlagung von entweder in ihrer Aussage unerwünschten oder wegen ihrer nicht hinreichenden Fallzahl „uninteressanten“ Merkmalen (siehe „Die Welt“ vom 28. Oktober 1986, S. 6, Tabelle 1) und was den Widerspruch zwischen ermittelten Daten und Textaussagen (siehe Text in „Die Welt“ vom 29. Oktober 1986, S. 6, Spalte 2 Mitte „Bewegungen der Arbeitslosen während der Interviews“, gegenüber ebenda, Tabelle 5 „Reaktionen der Befragten“) angeht?
13. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
- Ist es nach Ansicht der Bundesregierung mit einem wissenschaftlichen Anspruch vereinbar, den Unterschied zwischen 37 v. H. und 42 v. H. der Antworten (Selbstkündigungen Arbeitender und Arbeitsloser, in: „Die Welt“, 28. Oktober 1986, S. 6, Spalte 5) als signifikant darzustellen, den Unterschied zwischen 18 v. H. und 25 v. H. der Antworten (Schuldenbelastung Arbeitender und Arbeitsloser, siehe „Die Welt“ vom 29. Oktober 1986, S. 6, Spalte 4) aber als nichtsignifikant zu bezeichnen?
14. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussagefähigkeit der Studie von Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann über die Arbeitslosigkeit (mangels Vorlage des vollständigen Textes beziehe ich mich auf die Veröffentlichung in „Die Welt“ vom 28. Oktober 1986 ff.), insbesondere im Hinblick auf die dort vorgenommene Merkmalsverknüpfung zwischen Arbeitslosigkeit und Konfession/Religion, die Verknüpfung objektiver Tatbestände (Präsentationspflicht Arbeitsloser bei Vermittlungsangeboten durch das Arbeitsamt) mit erhobenen Daten zur Eigeninitiative Arbeitsloser („zum Arbeitsamt gegangen“ – siehe „Die Welt“ vom 28. Oktober 1986, S. 6, Tabelle 2, Datenzeile 1) sowie die objektiv falsche Behauptung, Leistungen des Arbeitsamtes seien „öffentliches Geld“ (siehe die referierte Frage in Spalte 5, vorletzter Absatz, „Die Welt“ vom 28. Oktober 1986, S. 6)?
15. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Ist es nach Auffassung der Bundesregierung aus verfassungsrechtlichen Gründen (Artikel 3 GG) geboten, die einzelnen Frauengruppen hinsichtlich der Anrechnung von Kindererziehungszeiten gleich zu behandeln, und hat die Bundesregierung eine solche verfassungsrechtliche Prüfung vor der Verabschiedung des Kindererziehungszeitengesetzes durchgeführt?

16. Abgeordnete
**Frau
Dr. Däubler-Gmelin**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Effekt, daß die Kindererziehung mehrerer Kinder einer Mutter unterschiedlich hoch bewertet wird, wenn für die ab 1. Januar 1921 geborenen Mütter unterschiedliche Zugangsvoraussetzungen geltend gemacht werden?
17. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung an ihrem Konzept fest, wonach den vor dem 1. Januar 1921 geborenen Müttern generell ein nach der Zahl ihrer Kinder gestaffelter Zuschlag zur Rente gewährt werden soll, während für die ab 1. Januar 1921 geborenen Mütter sehr differenzierte Anrechnungsvoraussetzungen gelten, wodurch sie je nach ihrer individuellen Versicherungsbiographie auch von den rentensteigernden Kindererziehungszeiten gänzlich ausgeschlossen werden können oder aber ein gekürztes Baby-Jahr angerechnet erhalten?
18. Abgeordnete
**Frau
Dr. Lepsius**
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung die unterschiedliche Verteilungswirkung von Kindererziehungszeiten, wenn einerseits Frauen mit hohen eigenen Renten, die an den „zeitlich richtigen“ Stellen ihre Erwerbstätigkeit unterbrochen haben, stärker vom Baby-Jahr profitieren als jene Mütter, die aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt nicht zu einer längeren Unterbrechung ihrer beruflichen Tätigkeit in der Lage waren?
19. Abgeordnete
**Frau
Terborg**
(SPD)
- Wie begründet es die Bundesregierung unter dem Gleichbehandlungsgebot von Artikel 3 GG, daß für die vor dem 1. Januar 1921 geborenen Mütter die rentensteigernden Kindererziehungsjahre in vier Stufen zwischen Oktober 1987 und Oktober 1990, also 21 bis 54 Monate später als bei den ab 1. Januar 1921 geborenen Müttern, angerechnet werden?
20. Abgeordnete
**Frau
Terborg**
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der derzeitige Anrechnungsmodus für Kindererziehungszeiten dazu führt, daß alleinstehende Mütter, die in jedem Fall auf eine Erwerbstätigkeit angewiesen waren, praktisch keine Kindererziehungszeiten angerechnet erhalten können?
21. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Verl)**
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung dazu bewogen, den Kreis der ausgegrenzten Rentnerinnen erst zwischen Ende 1987 und Ende 1990 in einem Vier-Stufen-Plan in die Anrechnung einzubeziehen, anstatt diese Frauengruppe bereits ab Inkrafttreten des Gesetzes – 1. Januar 1986 – zu berücksichtigen und die erforderlichen Mittel entsprechend bei den Subventionen zu kürzen?

22. Abgeordnete
**Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)**
- Kann die Bundesregierung eine Feststellung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht vom 2. Oktober 1986) bestätigen, wonach etwa 20 v. H. der heute lebenden älteren Mütter sterben werden, bevor ihnen der Zuschlag zur Rente zuerkannt wird?
23. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier
(SPD)**
- Hat die Bundesregierung die unterschiedlichen Voraussetzungen für die Anrechnung der Kindererziehungszeiten in der Versicherungsbiographie der ab 1. Januar 1921 geborenen Mütter unter verfassungsrechtlichen Aspekten geprüft, und wie lautet das Ergebnis dieser Überprüfung?
24. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier
(SPD)**
- Da der Bund den Rentenversicherungsträgern die Aufwendungen, die ihnen durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten entstehen, erstattet, wie ist es dann gerechtfertigt, daß erwerbstätige Mütter (über ihre Steuern) wohl an der Finanzierung der Kindererziehungszeiten beteiligt sind, ohne später an diesen Leistungen zu partizipieren?
25. Abgeordnete
**Frau
Odendahl
(SPD)**
- Wie begründet es die Bundesregierung, daß Hausfrauen, für die erst 1972 die Rentenversicherung geöffnet wurde und die sich aus eigener Anstrengung rückwirkend versichert haben, bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten leer ausgehen können, und hält die Bundesregierung dies für gerechtfertigt?
26. Abgeordnete
**Frau
Odendahl
(SPD)**
- In welcher Weise werden Frauen, die ab 1. Januar 1921 geboren sind und die lediglich eine Witwenrente beziehen, darüber informiert, unter welchen Umständen sie in den rentensteigernden Genuß von Baby-Jahren kommen können?
27. Abgeordnete
**Frau
Blunck
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die aus Kriegsgründen in das europäische Ausland — z. B. Dänemark — evakuierten deutschen Mütter aus der Anrechnung von Kindererziehungszeiten herausfallen, und ist es zutreffend, daß diese Gesetzeslücke bereits durch interne Dienstanweisung der Bundesanstalt für Arbeit geregelt wurde?
28. Abgeordnete
**Frau
Blunck
(SPD)**
- Sind der Bundesregierung empirische Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung bekannt, die davon ausgehen, daß mehr als die Hälfte aller versicherten Mütter — bei den Geburtsjahrgängen von 1936 und jünger sogar 60 v. H. — für ihr erstes Kind kein Baby-Jahr bzw. nicht den vollen Betrag auf ihrem Rentenkonto gutgeschrieben erhalten, und wird die Bundesregierung diesen Umstand nachträglich durch eine Gesetzesnovellierung berücksichtigen?

29. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Wie viele Mütter können nach den Schätzungen der Bundesregierung – vor und ab Stichtag 1. Januar 1921 – überhaupt keine Kindererziehungszeiten angerechnet erhalten, und wie viele Mütter können allenfalls mit gekürzten Kindererziehungszeiten rechnen?
30. Abgeordnete
Frau Weyel
(SPD)
- Inwieweit räumen die Rentenversicherungsträger den Bezieherinnen von Witwenrenten kulante Zahlungsbedingungen ein, damit diese Frauen die fünfjährige Wartezeit durch freiwillige Zahlungen auffüllen können?
31. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- In welchem Umfang haben Eheleute bei Geburten ab 1986 durch gemeinsame Erklärung beim Leistungsträger die Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf den Kindesvater übertragen?
32. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist im Falle einer solchen Erklärung gegenüber dem Leistungsträger sichergestellt, daß ihrem Wirksamwerden eine Beratung vorausgeht, da sich unter Umständen die Anrechnung der Kindererziehungszeiten für den Vater eines Kindes überhaupt nicht rentensteigernd auswirkt und ein Widerruf nicht möglich ist?
33. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, das geltende Kindererziehungszeitengesetz dahin gehend zu novellieren, daß die einschränkenden Anspruchsvoraussetzungen für die Gewährung von Kindererziehungszeiten für Frauen, die nur von einer Witwenrente leben, für freiwillig versicherte Hausfrauen, ferner für erwerbstätige Frauen sowie für die jetzt aus der Anrechnung herausfallenden Fälle mit Auslandsberührung wegfallen?
34. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Kreis der von einer Anerkennung der Kindererziehung ausgeschlossenen erwerbstätigen Frauen um so größer wird, je jünger die Generation ist, und hat die Bundesregierung diese Erkenntnis bereits bei ihren Schätzungen für den Kreis der Bezieher von Baby-Jahren berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

35. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Nach welchen Kriterien werden Bundestags- und Landtagsabgeordnete zu öffentlichen Gelöbnisfeiern der Bundeswehr eingeladen, und welche Gründe gibt es, nur CDU-Abgeordnete, aber keine SPD-Abgeordnete einzuladen?

36. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei einer öffentlichen Gelöbnisfeier der Bundeswehr ein CDU-Bundestagsabgeordneter ein Grußwort sprechen kann, während weder der im Wahlkreis gewählte Bundestagsabgeordnete noch der SPD-Landtagsabgeordnete dieser Region eingeladen worden sind?
37. Abgeordnete
Frau Borgmann
(DIE GRÜNEN)
- Erachtet die Bundesregierung die Teilnahme bundesdeutscher Rüstungsfirmen an einer Messe wie der diesjährigen „Defendory '86“ als unterstützungswürdig, zu der seitens der Veranstalter offiziell Militärdelegationen aus Ländern wie Irak, Iran, Peru, Äthiopien, Somalia, Indonesien, Sudan, Libyen, Syrien eingeladen wurden, und wie ist vor diesem Hintergrund die Antwort der Bundesregierung an den Abgeordneten Lange in der Fragestunde vom 15. Oktober 1986 (Plenarprotokoll 10/237) zu verstehen?
38. Abgeordneter
Fischer
(Bad Hersfeld)
(DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß es sich bei der von Staatssekretär Dr. Timmermann besuchten Rüstungsmesse „Defendory '86“ in Piräus um eine vorwiegend auf Rüstungsexporte in Entwicklungsländer orientierte Veranstaltung handelte, was u. a. dadurch zum Ausdruck kam, daß Ausstellungsfirmen ihre Prospekte häufig in arabischer Sprache verfaßt hatten?
39. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Zeitungsmeldungen bestätigen, wonach der Amtschef des Luftwaffenamtes in Köln, Generalleutnant Sommerhoff, einen Wachtposten des Bundesministeriums der Verteidigung mit einer Pistole bedroht hat, und wenn ja, welche Maßnahmen sind gegen den General eingeleitet worden?
40. Abgeordnete
Frau Schmidt
(Nürnberg)
(SPD)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um zu verhindern, daß Lehramtsanwärtern durch die Ableistung ihres Wehrdienstes Nachteile bei ihrem beruflichen Werdegang entstehen, wie es z. B. im Urteil des Verwaltungsgerichts Würzburg (Az.: W 1 K 851394) festgehalten ist, das die Klage eines Lehramtsanwärters auf Einstellung in den Staatsdienst als Gymnasiallehrer zurückgewiesen hat, obwohl dieser auf Grund seines Notendurchschnittes übernommen worden wäre, wenn er keinen Wehrdienst geleistet hätte und bereits 1983 zur Verfügung gestanden hätte, und ist die Bundesregierung ebenfalls der Auffassung, daß diese Praxis gegen das Arbeitsplatzschutzgesetz verstößt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie, Frauen und Gesundheit**

41. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß trotz eindeutiger Verbotsregelungen im Jugendschutz ein erhebliches Gefährdungspotential für Kinder und Jugendliche durch die explosive Zunahme der Spielhallen gegeben ist?

42. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Hält es die Bundesregierung für zulässig, im Rahmen einer Repräsentativbefragung die Rechtmäßigkeit von Sozialhilfeleistungen abzufragen (siehe „Die Welt“ vom 30. Oktober 1986, S. 6, Spalte 2, 2. Absatz)?
43. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD) Ist die Bundesregierung bereit, den Verkauf vom Fahrzeug dann dem Verkauf in einem Ladengeschäft auch bei leichtverderblichen Waren wie Hackfleisch oder Bratwurst gleichzustellen, wenn die technische Ausstattung (Kühlung) des Fahrzeugs und die fachliche Qualifikation des Verkaufspersonals den Anforderungen an den Verkauf in einem Laden entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

44. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine Zunahme von Betriebskonzessionen für Spielhallen auf Bahnhöfen der Deutschen Bundesbahn zu verzeichnen ist und daß diese Zunahme aus der Sicht der Jugendhilfe nicht zu begrüßen ist, zumal vor allem in den weniger dichtbesiedelten Gebieten und Kleinstädten viele Jugendliche als Fahrschüler von den Spielautomaten angezogen werden?
45. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß im geplanten neuen Entfernungswerk der Deutschen Bundesbahn und der damit verbundenen Veränderung der Tarifstruktur die Relation Straubing—München betreffend im Fahrplanauszug die Umwegstrecken über Plattling und Regensburg ausgedruckt sind, der Kunde aber für die Fahrt über Plattling keine Umwegkarte erstehen muß, andererseits aber für die Fahrt über Regensburg zusätzlich zur Kasse gebeten wird?
46. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß es sich hier um eine Irreführung der Kunden handelt, und ist sie bereit, auf die Deutsche Bundesbahn dahin gehend einzuwirken, daß für die Relation Straubing—München der Fahrgast bei der Fahrt über Regensburg nicht zusätzliche Gelder bezahlen muß?
47. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Welcher Art sind die den Sowjets jüngst gewährten „Transitrechte auf dem Rhein-Main-Donau-Kanal“?
48. Abgeordneter
Dr. Rose
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung ausschließen, daß Donau, Main und Rhein durch sowjetische Dumpingpreise in der Binnenschifffahrt langfristig von den „roten Flotten“ beherrscht werden?

49. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Zeitraum von Januar bis Juli 1986 die Zahl der Unfälle auf Autobahnen weit überdurchschnittlich um 15,6 v. H. gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen ist, wobei sich die Zahl der Getöteten um 4,1 v. H. auf 404, die Zahl der Schwerverletzten um 8,2 v. H. auf 3 454 und die Zahl der Leichtverletzten um 17,6 v. H. auf 10 718 erhöhte, und wenn ja, welche Hauptursachen sind für diese negative Entwicklung verantwortlich?
50. Abgeordneter
Senfft
(DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine Untersuchung der Bundesanstalt für Straßenwesen zu dem Ergebnis kommt, daß ein Tempolimit von 100 Kilometern/Stunde auf Autobahnen und 80 Kilometern/Stunde auf Landstraßen die Zahl der Verkehrsunfälle auf diesen Straßen um 15 v. H. bis 21 v. H. reduzieren könnte, und wenn ja, welche Reduzierung ergäbe sich daraus für die Zahl der Verletzten und Getöteten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

51. Abgeordnete
Frau Wagner
(DIE GRÜNEN)
- Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Darstellung, Brasilien würde die ihm aus der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit überlassenen Kenntnisse auf dem Gebiet der Atom- und Raketentechnik ausschließlich „friedlich“ anwenden, und wie bewertet die Bundesregierung in diesem Zusammenhang Berichte der brasilianischen Presse aus dem August dieses Jahres und wissenschaftliche Veröffentlichungen wie die Schrift „Atomraketen als Entwicklungshilfe“ der Autoren Rainer Rudert, Klaus Schichl und Stefan Seeger (Schriftenreihe Wissenschaft und Frieden, Nr. 5, August 1985)?
52. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die 15. Sitzung der Deutsch-Brasilianischen Kommission für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit zum Anlaß genommen, die brasilianische Regierung um Stellungnahme zu bitten zu Pressemeldungen von dpa wie der brasilianischen Presse – so z. B. „Folha de Sao Paulo“ –, wonach der Gemeinsame Generalstab der Streitkräfte z. Z. unterirdische Anlagen im militärischen Sperrgebiet von Serra do Cachimbo im Süden des Staates Pará für die Vornahme von Atombombenexplosionen ausbauen läßt?
53. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Schwerpunkte der weiteren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Atomenergie sind auf der 15. Sitzung der Deutsch-Brasilianischen Kommission für die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit in Berlin am 29. und 30. Oktober 1986 vereinbart worden, und wie verhalten

sich diese Vereinbarungen zum wachsenden Widerstand in der Öffentlichkeit und in den politischen Parteien Brasiliens gegen die Fortführung des brasilianischen Atomprogramms?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

54. Abgeordneter
Kolbow
(SPD)
- Bezweckt Bundeskanzler Kohl mit seinem Vergleich in der amerikanischen Zeitschrift „Newsweek“ zwischen dem sowjetischen Generalsekretär Gorbatschow und dem NS-Propagandaminister Goebbels die Beleidigung Gorbatschows oder die Rehabilitation Goebbels?
55. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung die Anregung und den ersten Textentwurf für die Einladung (Stand: 16. Juli 1986 – 2454 H-Sp/1) für die am 15. und 16. September 1986 stattgefundene mittelstands-politische Fachpressekonferenz von einem führenden Vertreter der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung erhalten hat, und hält die Bundesregierung das in diesem Text angekündigte Programm mit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1977 für vereinbar, wonach einer Bundesregierung eine extensive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld einer Bundestagswahl untersagt ist?
56. Abgeordneter
Stahl
(Kempfen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß nach Bekanntwerden dieses Textes eine Intervention des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Grüner beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung erfolgte, mit der darauf hingewirkt wurde, daß der parteipolitisch einseitig konzipierte Einladungstext „verbessert“ wurde, und was sind die Gründe, weswegen dann auch Bundestagsabgeordnete anderer Parteien als die der CDU/CSU eingeladen wurden?
57. Abgeordneter
Schreiner
(SPD)
- An welcher Umfrage, die Frau Prof. Dr. Noelle-Neumann als Quelle ihrer Arbeitslosenstudie („Die Welt“ vom 28. bis 30. Oktober 1986, jeweils S. 6) angibt, war die Bundesregierung ganz oder teilweise finanziell beteiligt, und auf welches finanzielle Volumen belaufen sich die Aufträge des Bundespresseamtes 1984, 1985 und 1986 an das Institut für Demoskopie in Allensbach?
58. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Meldung im „SPIEGEL“ Nr. 44/1986, S. 42 zu dementieren, wonach Bundeskanzler Kohl als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz die Commerzbank um eine Wahlspende gebeten hat und eine daraufhin angekündigte Spende von 10 000 DM an die „Wema – Institut für empirische Sozialforschung, Informatik und angewandte Kybernetik“ leiten ließ?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

59. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage zur menschenrechtlichen und völkerrechtlichen Situation Tibets nicht die eigentlich Betroffenen, nämlich die im Exil lebenden Tibeter, zu Rate gezogen?
60. Abgeordneter
Rusche
(DIE GRÜNEN)
- Gelten Äußerungen zu Menschenrecht, Völkerrecht, Selbstbestimmungsrecht, die von der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Schicksal von zum Beispiel Afghanistan und Polen geäußert wurden, für Tibet und die Tibeter nicht?
61. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD)
- Hat die Bundesregierung angesichts des Internationalen Jahres des Friedens Erwägungen angestellt, ob mit einem Ersatz der militärischen Ehrenformationen im Rahmen des Protokolls durch andere nichtmilitärische Formen der Ehrerweisungen ein Zeichen für die friedensorientierte Rolle der Bundesrepublik Deutschland gesetzt werden kann?
62. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Trifft es zu, daß der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China bei der dortigen Regierung vorstellig wurde, um die vom Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas verwendete Formulierung „Volk der DDR“ zu kritisieren und in diesem Zusammenhang Klarstellungen des Standpunkts der Bundesrepublik Deutschland vorgenommen hat, und sind solche Klarstellungen auch gegenüber Großbritannien, Frankreich, Kanada, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Spanien, Griechenland und Belgien erfolgt, die diese oder vergleichbare Formulierungen in ihren Glückwunschschriften zum 37. Jahrestag der Gründung der DDR verwendet haben?
63. Abgeordneter
Büchler
(Hof)
(SPD)
- Hat der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Volksrepublik China aus eigenem Ermessen gehandelt, oder welche andere Erklärung hat die Bundesregierung für den Verzicht auf Klarstellungen ihres Standpunktes gegenüber den anderen Regierungen, die Begriffe wie „Volk der DDR“ verwendet haben?
64. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Hat der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften angesichts der verschärften Greueltaten der Armee der Sowjetunion, insbesondere ihrer sogenannten Speznaz-Einheiten, gegen die afghanische Zivilbevölkerung bei dem jüngsten Treffen der Außenminister in Luxemburg Erwägungen darüber angestellt, ob gegen die UdSSR in gleicher Weise wie gegen die Südafrikanische Republik wirtschaftliche Sanktionen verhängt werden sollen, um sie zur Beendigung des in Afghanistan verübten Völkermordes zu veranlassen, und wenn ja, mit welchem Ergebnis?

65. Abgeordneter
Fischer
(Bad Hersfeld)
(DIE GRÜNEN)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorschlag, daß in einer zweiten Kürzungsrunde der Vereinten Nationen auf kleinere, schon von früheren Kürzungen am meisten betroffene Abteilungen der UNO, insbesondere Menschenrechte, Rücksicht genommen wird, um die Substanz der Arbeit in diesen Bereichen nicht zu vernichten?
66. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Militärausschüsse des US-Senats und des Repräsentantenhauses den US-Verteidigungsminister beauftragt haben, bis zum 31. Dezember 1986 einen Plan zum Abbau der Beschäftigung von Ortskräften und ihren Ersatz durch Familienmitglieder der US-Streitkräfte vorzulegen, und was unternimmt sie, um durchzusetzen, daß trotz dieser Beschlüsse die Beschäftigung von Zivilisten nach den Bestimmungen des NATO-Truppenstatuts und des Zusatzabkommens gehandhabt wird?
67. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Welche besonderen Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, auf eine baldige Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Gemeinschaft zu drängen, obwohl in der Türkei nach wie vor Angehörige der kurdischen Minderheit mit militärischen Mitteln verfolgt, gefoltert und getötet werden, die kurdische Sprache verboten ist und eine kurdische Namensgebung verweigert wird?
68. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Begründet die Tatsache, daß eine kurdische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland kurdischen Sprachunterricht an Schulen, Rundfunksendungen und Aufklärungsschriften in kurdischer Sprache fordert, wie sie im Verfassungsschutzbericht 1985 aufgeführt werden, schon den Tatbestand einer verfassungsfeindlichen Organisation, oder entsprechen solche Forderungen nicht den Menschenrechten, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen und in der Schlußakte von Helsinki verankert sind und von der Bundesregierung auch im Blick auf deutschstämmige Minderheiten, wie zum Beispiel gegenüber Rumänien, geltend gemacht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

69. Abgeordneter
Huonker
(SPD)
- Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, den sogenannten Essensfreibetrag von 1,50 DM je Arbeitstag (vgl. BMF-Schreiben vom 22. Dezember 1984 – BStBl. I, S. 658) und/oder die Steuerbefreiung von Arbeitslohnzuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit gemäß § 3 b EStG im Zusammenhang mit der vom Bundesminister der Finanzen und anderen Mitgliedern der Bundesregierung in Aussicht gestellten

Steuertarifänderung für die 90er Jahre (sogenannte Super-Steuerreform) abzuschaffen bzw. zu kürzen, oder schließt die Bundesregierung die Abschaffung bzw. Kürzung dieser Freibeträge definitiv aus?

70. Abgeordneter
Huonker
(SPD)

Gibt es Überlegungen innerhalb der Bundesregierung, den Arbeitnehmerfreibetrag und/oder den Weihnachtsfreibetrag abzuschaffen bzw. zu kürzen (vgl. das Papier „Vorschläge zur Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer, steuerlichen Entlastung der Familien und für Umschichtungen im Steuersystem“ vom Bundesminister der Finanzen, Dr. Stoltenberg, vom März 1984), oder schließt die Bundesregierung die Abschaffung bzw. Kürzung dieser Freibeträge im Zusammenhang mit der angekündigten sogenannten Super-Steuerreform definitiv aus?

71. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)

Trifft es zu, daß der Verzicht auf die Prosperitätsklausel im Zonenrandförderungsgesetz (Artikel 13 des Steuerbereinigungsgesetzes 1986) trotz des Termins des Inkrafttretens zum 25. Dezember 1985 auch noch für fünf vorangegangene Wirtschaftsjahre, für welche noch keine bestandskräftigen Steuerbescheide erlassen worden sind, wirksam wird, und was wird die Bundesregierung unternehmen, um den betroffenen Kommunen die dadurch verursachten unerwarteten Steuerausfälle auszugleichen?

72. Abgeordneter
Zander
(SPD)

In welchem Umfang sind durch Termingeschäfte und/oder mangelhafte Kurssicherung im Jahre 1986 Verluste bei der Volkswagenwerk AG eingetreten oder in absehbarer Zeit zu erwarten, und welche Auswirkungen ergeben sich daraus für die Beteiligung des Bundes?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

73. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum mit Grundnahrungsmitteln in zunehmendem Umfang durch Verkaufsfahrzeuge sichergestellt wird, da insbesondere ältere Leute und Hausfrauen ohne Personenkraftwagen keine Möglichkeit haben, ortsferne Supermärkte aufzusuchen und der ortsansässige Einzelhandel mehr und mehr verschwindet, und ist sie bereit, diese Versorgung durch Verkaufsfahrzeuge so zu fördern, daß ein möglichst umfassendes Warenangebot bereitgestellt werden kann?

74. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Mittel im EG-Haushalt in Höhe von 122,5 Millionen ECU, die für soziale Maßnahmen für arbeitslose Kohle- und Stahlarbeiter und für Umschulungsmaßnahmen vorgesehen sind, am Jahresende deshalb

verfallen würden, weil der Ministerrat dem hierzu vorliegenden Verordnungsentwurf der EG-Kommission nicht zustimmt, und ist sie gewillt, sich dafür einzusetzen, daß diese Mittel für die soziale Abfederung der zu erwartenden hohen Arbeitsplatzverluste in den nächsten Monaten in der Stahlindustrie verwendet werden können?

75. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Aus welchen Gründen können die Mittel nicht auf das nächste Jahr übertragen werden, und welche Position hat die Bundesregierung im Ministerrat vertreten, der bereits in erster Lesung des EG-Haushaltes gegen die Voten der EG-Kommission und des Europäischen Parlaments die Wiedereinsetzung dieser Mittel in den Haushaltsentwurf für 1987 verweigert hat?

76. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Welche Genehmigungen nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz hat die Bundesregierung 1985 und 1986 für Staaten des Nahen und Fernen Ostens erteilt?

77. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, der Empfehlung der Beratenden Versammlung der NATO zu folgen, keine Waffenlieferungen für Staaten zu genehmigen, die nachweislich an terroristischen Anschlägen beteiligt sind?

Bonn, den 31. Oktober 1986